

Das rätselhafte Bienensterben – Anzeige über Umweltvergiftung in Stabeshöhe / Uckermark

Hiermit zeige ich an, und zwar zum wiederholten Male, dass sich in Stabeshöhe (Uckermark) und Umgebung eine Umweltkatastrophe vollzieht. Ein Sterben vieler Tierarten hat bereits eingesetzt. Es gibt – schon lange – keine Rebhühner mehr. Viele Amphibien und Schmetterlinge sind mittlerweile verschwunden. Laut Imker sind in diesem Winter bei den Bienen Verluste von 50-60 % aufgetreten. Es wird berichtet, dass die Schwalben ihre Jungen aus den Nestern werfen, weil Insekten fehlen. Irgendwann erkranken wir Menschen.

Das Sterben in der Natur vollzieht sich schleichend und lautlos, was nichts heißt, im Gegenteil: die Lage wird dadurch immer dramatischer.

Zur Sache: Am Anfang stand die Errichtung zahlreicher Biogasanlagen. Dann verschwanden auf den Äckern um unser Dorf herum die lokalen Feldfrüchte Roggen, Weizen, Gerste. Sie wurden ersetzt durch riesige Plantagen mit Mais, Raps und Hirse. Mit ihnen verschwanden auch die Blühsäume samt Kornblumen, Mohnblumen, Ackerwinde, Johanniskraut etc. Das Saatgut für Mais ist rot gebeizt mit einem Gift gegen den Maiswurzelbohrer. Im zweiten bis vierten Blattstadium wird ein Herbizid flächendeckend gespritzt. Zudem werden alle Äcker jedes dritte Jahr totgespritzt mit dem Totalherbizid „Roundup“ (Wirkstoff Glyphosat). Kein Regenwurm lebt mehr in diesen Äckern, als seltenes Exemplar existent höchstens noch in den Rändern. Dies gilt auch für andere Bodenlebewesen. Mais beispielsweise entzieht dem Boden den nötigen Humus, der sich auch nicht durch Unterpflügen einer „Zwischensaat“, z.B. Futterroggen, regeneriert. Bei Starkregen rutscht der erodierte Boden die Hänge hinab, und mit dem Wasser alle Pestizide, die sich in hochgradig vergifteten Söllen sammeln. Tiere trinken daraus, wie z.B. Bienen, Vögel, Frösche und viele andere. Außerdem sickert langfristig die Brühe ins Grundwasser. Schlimmer noch: kurzerhand wie skrupellos wird sie durch Trockenlegung der Sölle mit Hilfe von Drainagen in den Wartheseesee geleitet.

Der „Landwirt“ ist jetzt Dienstleister für einen auswärtigen Industriellen (Möbelfabrikant Steinhoff), für den er Bioenergiepflanzen in ununterbrochener Folge anbaut, z.B. auf dem Acker vor unserem Haus Mais im vierten Jahr. Jede noch so kleine brachliegende Fläche mit Wildpflanzen wurde in den letzten Jahren umgepflügt. Aus den humusreichen Äckern wurde eine weitgehend steril gespritzte Nährmasse für spezielle Bioenergiepflanzen, was die Böden unwiederbringlich kaputt macht und nicht nur die Tiere tötet, sondern auch gefährlich für den Menschen ist:

Der Wirkstoff Glyphosat und seine Abbauprodukte sind toxisch für viele Organismen und verseuchen Gewässerökosysteme. Schlimmer noch: die Bevölkerung in den betroffenen Regionen leidet deutlich mehr unter Fehlgeburten, Fehlbildungen und Krebserkrankungen.

(Studie NABU, 27.4.201)

Auch die Bundesregierung gibt zu (Drucksache 17/4902), dass die Risiken für die biologische Vielfalt immer deutlicher werden: weniger Blühpflanzen, weniger Samen, weniger Bestäuber, weniger Insekten. (Quelle: NABU)

Erste Intervention meinerseits: bereits vor einem Jahr habe ich diese alarmierende Fehlentwicklung beschrieben und angezeigt in zwei Briefen (9.2.2010, 6.5.2010) sowohl an Herrn Prof. Dr. Freude vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) als auch Frau Ministerin Anita Tack vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (MUGV).

Warum wurden nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diese zu stoppen, umgehend ?

Weiter: was kann man eigentlich als engagierter Zeitgenosse überhaupt noch tun, der einer solchen Katastrophe in „selbstverschuldeter Unmündigkeit“ nicht tatenlos zusehen will ? Einmischen sollen wir uns, wachsam sein und nicht einfach wegsehen, wenn Unheil droht, - das ist doch immer die Botschaft an die „lieben Mitbürger“, in Neujahrsansprachen jedenfalls.

Ich bin wachsam und habe mich also eingemischt. Ich habe mich an alle Personen und Instanzen, die ich für zuständig hielt, gewandt in der Hoffnung, sie endlich aufzurütteln. Meine Erfahrungen von zwei Jahren:

- Telefonische Anzeige des Bienensterbens bei der Unteren Naturschutzbehörde Prenzlau, Auskunft: die Bienen sterben durch die Varoa-Milbe. Diese komme aus China, da könne man nichts machen, mit Landwirtschaft habe das nichts zu tun.
- Bitte an den Imker: er möge mit seinen Kollegen aktiv werden, einen Sachstandsbericht erstellen und das Bienensterben anzeigen – ohne Erfolg. Zwar wisse man, dass die Bienen aus dem einen oder anderen Tümpel getrunken hätten, wolle sich aber lieber bedeckt halten und Ärger vermeiden. Man kaufe eben neue Völker, so wie vor zwei Jahren auch.
- Briefe an das LUGV sowie an das MUGV – schriftliche Antwort: man habe keine Handhabe, sei auf die Informationen des Landkreises angewiesen, und dem seien keine Gesetzesverstöße bekannt. Alles, was gesetzlich nicht verboten sei, dürfe auch gemacht werden, im Übrigen verweise man auf die „gute fachliche Praxis“. Telefonisch: der Mais sei ein Teufelszeug, dies sei aber bitte nicht zitierbar.
- Briefe an Frau Merkel, Heimat Uckermark: keinerlei Beantwortung, noch nicht mal als gestanztes Formschreiben an die „liebe Mitbürgerin“. Interessiert sie gar nicht, mein mitbürgerliches Engagement gegen das Unheil. Orden in Amerika.
- Briefe an die Presse (u.a. TSP, ZEIT, SPIEGEL), Reaktion: Null bzw. der Hinweis, man könne im öffentlichen Interesse nur über Neuigkeiten berichten bzw. wenn etwas Spektakuläres aufgetreten sei. Das Artensterben sei ja nun altbekannt.
- Alarmierung der Dorfbewohner: von Ausnahmen abgesehen schweigen die „Ureinwohner“ oder sehen „keinen Handlungsbedarf“. Die Mehrzahl der hinzugezogenen Berliner schert sich nicht drum. Man lässt kämpfen in der Überzeugung, die „Zuständigen“ hätten sich zu kümmern.
- Einziger Lichtblick: Brief an die GRÜNEN im Landtag Brandenburg (Axel Vogel, Andreas Reichling), die adäquat reagieren und sich der Sache annehmen wollen. Diesbezügliche parlamentarische Anfragen von ihnen hatte es allerdings bereits im vorigen Herbst gegeben; sie blieben anscheinend folgenlos.

Zusammengefasst: ich habe die Naturkatastrophe vor einem Jahr überall bekannt gemacht, jeder Angeschriebene weiß also, was Sache ist. Man nickt sorgenvoll mit dem Kopf, ist jedoch nicht zuständig. Ich frage mich, was denn um Himmels Willen noch alles passieren muss, bis alle mal begriffen haben, dass unsere Welt nicht irgendwo am Amazonas, sondern auch hier in der Uckermark zerstört wird, indem Boden, Wasser, Wald, Pflanzen an private Investoren, die daran verdienen wollen, z.B. Möbelfabrikanten, meistbietend verhökert werden.

Was also kann ich noch tun ? Leider bin ich alles andere als eine landwirtschaftliche Expertin und stoße oft an Grenzen fachlicher Art (z.B. „Grünland“ / „Grünsaat“ etc.), womit sich ein Laie

bei Begriffsverwechslung beispielsweise in einem Protestschreiben sofort angreifbar macht. Das Gleiche gilt für juristische Rechtsgrundlagen, insbesondere definatorische Finessen, wo man sich nur aufs Glatteis begeben kann, wenn man da nicht ausgefuchst genug ist. Bei der Suche nach professioneller Hilfe tut sich allerdings ein Perpetuum mobile auf: ein Anwalt mag ein Mandat nur dann übernehmen, wenn er – bei enormen Definitionsspielräumen etwa bei der Feststellung zulässiger Grenzwerte – überhaupt eine justiziable Voraussetzung für eine Anzeige / Anklage sieht. Hilfreich dabei könnte auch ein Monitoring-Bericht der Imker sein, welcher einen kausalen Zusammenhang von Spritzmittelausbringung / Bienensterben zwingend nahe legt. Die wollen aber keinen schreiben. Mitarbeiter des LUGV empfehlen mir hinter vorgehaltener Hand eine Art „Aufstand der Dorfbewohner“, welche sich jedoch lieber raushalten. Behördliche Auskunft: die Sache bearbeiten könne man nur mit wissenschaftlich-empirischen Untersuchungen, z.B. Zählen der Froschpopulation über Jahre. Um eine Vergiftung der Flächen nachzuweisen, müssten Boden- und Gewässerproben für chemische Analysen entnommen werden. Das tut aber keiner ohne offiziellen und bezahlten Auftrag (Anmerkung: wir haben es jetzt schon wieder privat und auf eigene Rechnung veranlasst). Vom gesunden Menschenverstand, der sieht, was hier los ist, lässt man sich keinen Zentimeter bewegen, denn der ist amtlich betrachtet „unbefugt“.

Bürgerinitiativen Gleichgesinnter gibt es zwar, diese sprechen aber auch nur mit einer Stimme, und meistens fehlt es am nötigen Geld für Rechtshilfe oder PR. NGOs tun ihr Bestes, müssen jedoch Aktivitäten und Finanzen auf mittlerweile so viele Baustellen verteilen, dass sie selbst händeringend Spender suchen. Ohne Geld aber nicht die unbedingt notwendige öffentliche Aufklärungsarbeit, die Menschen zum Handeln bewegt, geschweige denn finanzierte Krötenzählungen oder Labortests, welche wiederum Grundlage wären für den geforderten Beweis, dass hier bei uns die Natur ruiniert wird. Womit dann irgendwann, endlich (aber auch nur vielleicht) eine juristische Handhabe gegeben wäre, um diesen Irrsinn zu stoppen: und jetzt bitte alles da capo.

Meine Einschätzung: auf diese Weise wird also nichts passieren, was diese fatale Mechanik von rapider Zerstörung bei sich gegenseitig lähmender Kompetenzverschiebung unterbricht. Jeder normale Mensch würde instinktiv etwas unternehmen, um Gefahr abzuwenden, aber ich sehe wohl: wir haben es weniger mit Menschen als mit „Strukturen“ zu tun. Durchbrochen würde dieser Kreislauf höchstens durch ein spektakuläres Ereignis, Typ Fukushima, das eine beherzte Reaktion erzwingt.

Unterm Strich: es fehlt an einer Instanz, die durchgreift. Welche diese schleichende, kontinuierliche Naturkatastrophe registriert, die Phänomene beschreibt, Entwicklungen und Ursachen auflistet, die zu plausiblen Schlüssen führen. Diese Instanz muss sich gleichermaßen naturwissenschaftlich legitimieren können wie sie sich mit EU-, Bundes- und Landesrecht auskennen sollte. Überaus förderlich wäre Einfluss in der Politik sowie Verbindungen zu den Medien, damit diese eine unsichtbare Naturkatastrophe auch ohne Leiche einer Veröffentlichung für würdig befinden. Darüber hinaus ist sie am besten vor Ort, denn nur dann ist sie in der Lage zu belastbaren Langzeitbeobachtungen, auf die Politik und Gesetzgebung pochen. In erster Linie aber sollte sie ein massives Interesse haben und ein Empfinden dafür, dass diese schreckliche Entwicklung sie etwas angeht, und unbedingt Zeit, Kraft, Mut sowie ein bisschen Kleingeld übrig.

Diese Person oder Institution, bei der die Fäden zusammenlaufen, scheint es nicht zu geben, und genau da liegt der Hase im Pfeffer. Ich dachte immer, das sei das Landesumweltamt, aber dort werden die Probleme auch gern verschoben bzw. delegiert. Einzelne Instanzen gucken wiederum nicht über ihren eigenen Tellerrand, und vor allem entscheiden sie nichts. Jeder erklärt sich nur für seinen ganz persönlichen Funktionsbereich verantwortlich, und da endet dann die Interventionsbereitschaft abrupt. Mangels Zuständigkeit, mangels Sachkenntnis, mangels

Zivilcourage – oder auch mangels einer Bereitschaft, sich aus rein ideellen Gründen einzumischen (egal, ob man jetzt, herrjeh noch mal, „zuständig“ ist oder nicht) und einfach zu tun, was man kann.

Fazit: ich als Privatperson kann das nicht leisten, Ende. In den o.g. Bereichen kenne ich mich viel zu wenig aus und stoße, von den Mauern abgesehen, gegen die man rennt, dabei deutlich auch an meine eigenen Grenzen. Allerdings habe ich über Landwirtschaft viel dazugelernt. Das einzige, was ich als aufmerksamer Laie tun kann, ist beobachten, 1 und 1 zusammenzählen und diese schreckliche Entwicklung mit Worten / Kunstaktionen (und ein bisschen Kleingeld) publizieren – in der Hoffnung, dass sich der eine oder andere endlich dazu aufschwingt, zu handeln. Die Grenzen, an die ich stoße, sind langsam auch die Grenzen meiner Kraft, – Ermutigung gibt es ohnehin wenig, und Medaillen („Dem tapferen Kampfe gegen die übermächtige Agrarindustrie ! Gegen die Verwüstung unseres Planeten ! Zum Wohle des Volkes !“) lagern nicht gerade in den Schränken von Wachstumsbeschleunigern. Dafür: Diffamierung als „Berufstäter, die sonst nichts zu tun haben“. Zuviel der Ehre: ich trete nur für den Schutz der Tiere, der Natur und der Menschen ein. Allerdings bin ich einigermaßen erschüttert, auf ein Staatsverständnis zu treffen, in welchem die menschliche Vernunft von wirtschaftlichem Kalkül verdrängt wurde, soweit sogar, dass dafür ungerührt ein Massensterben von Tieren und die Erkrankung von Menschen in Kauf genommen wird. Mir bleibt also gar nichts anderes übrig als weiter für Umweltbedingungen zu kämpfen, die mir ein Leben in Gesundheit ermöglichen. Das Recht auf physische Unversehrtheit ist nicht nur gesetzlich garantiert, sondern war immer auch gesellschaftlicher Grundkonsens: ein zivilisatorischer Standard, der nicht verhandelbar ist. Dass dieser Standard nun für Geld aufgeweicht wird, wohlgermerkt in Deutschland, kann wohl nur mit ethischer Verwahrlosung erklärt werden.

Deswegen leite ich, nunmehr ausgestattet mit „wissenschaftlichem Beweis“ und unter Berufung auf das Umweltschadengesetz, Schritte ein, um die Verursacher (Fürstenau für Steinhoff) zur Verantwortung zu ziehen.

Ich habe allen Anlass zu befürchten, durch die fortgesetzte Verseuchung meiner Umgebung, in der es dem auswärtigen Möbelfabrikanten gestattet ist, sie für seinen persönlichen Profit in giftige Agrochemieplantagen zu verwandeln, an Krebs zu erkranken. Glyphosat sowie andere Bestandteile der nachgewiesenen Pestizide sind als krebserregend identifiziert. Boden und Gewässer sind u.a. mit diesen Mitteln hoch kontaminiert (siehe Anhang: SOFIA-Labor) Tiere („das rätselhafte Bienensterben“) und Menschen sind dem wehrlos ausgesetzt. Wir beziehen unser Trinkwasser aus diesem Einzugsbereich. Ich fordere daher mein Recht auf persönliche Unversehrtheit ein.

Gleichzeitig gebe ich dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und das MUGV diese Missstände bekannt. Ich fordere sie auf, die Vergiftung der Äcker im Auftrag des Möbelfabrikanten Steinhoff rund um Jakobshagen / Stabeshöhe sofort zu beenden.

Weitere rechtliche Schritte behalte ich mir vor:

USchadG , § 3, Abs. 1/ § 3a, Abs. 1/ §3b, Abs. 1/ § 9, Abs. 1, Nr. 4 und Abs. 2, Nr.2 sowie § 324 StGB (Gewässerverunreinigung) und § 324a StGB (Bodenverunreinigung).



Sybilla Keitel, 27.6.2011

Haus am Schlangenbruch, 17268 Stabeshöhe / Uckermark, 039885 / 30 36
Badensche Str. 15, 10715 Berlin, 030 / 854 13 10 / Mobil: 0177 / 18 34 077